

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Briefporto 2.— Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 534 77**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10 Geleit, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf., Stellenangebote 10 Geleit, Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privatw. die 10 Geleit, Kolonelle mit 50%, Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 Geleit, Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorrat, 50 Pf., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Berschlechterter Mieterschutz!

Vom Reichstag beschlossen!

Berlin, 9. Februar 1928.

Die Einzelberatung in der zweiten Lesung der Novelle zum Mieterschutzgesetz wird fortgesetzt.

Der Antrag Apinoli (Soz.), den § 1 des Mieterschutzgesetzes in seiner bisherigen Form bestehen zu lassen, der die Aushebungslage, aber kein Kündigungsverfahren vorsieht, wird in namentlicher Abstimmung mit 139 gegen 143 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Völkischen und Nationalsozialisten abgelehnt.

Auch kommunistische Änderungsanträge zu § 1 werden abgelehnt, desgleichen kommunistische und sozialdemokratische Anträge zu den übrigen Paragraphen der Vorlage.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Apinoli (Soz.), der auch nach Versäumnis des Widerspruchs gegen die Kündigung durch den Mieter die gerichtliche Nachprüfung der vom Vermieter geltend gemachten Kündigungsgründe zulassen und die Wsigerung des Mieters, die Wohnung zu räumen, als Widerspruch gelten lassen will, mit 165 gegen 154 Stimmen abgelehnt.

Die erste Hälfte des Gesetzentwurfs, die das Kündigungsverfahren an Stelle der Aushebungslage einführen will, wird in zweiter Lesung in der Ausschussfassung angenommen.

In der Einzelberatung des Restes der Vorlage bringt

### Abg. Feri (Soz.)

eine Reihe von Anträgen ein; z. B. sollen Mietrückstände aus sozialer Not dem Hauswirt kein Kündigungsrecht geben, Kollern sollen nicht als gewerbliche Räume gelten, Untervermietung soll allgemein zulässig sein, den Ländern soll das Recht zum Vorkern der Wohnungszwangswirtschaft genommen werden.

Abg. Hönneburg (Dem.) beantragt gleichfalls Erleichterungen für Künstler, man solle sie nicht mit den Gewerbetreibenden gleichstellen.

Abg. Obendief (Komm.) beantragt die Streichung der Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes, die eine Kündigung von Werkwohnungen zulassen.

Abg. Dr. Jörissen (Wirtschp.) beantragt, der Räumungslage in jedem Falle stattzugeben, wenn der Hauswirt Erfahrungsraum und Umzugskosten zur Verfügung stellt. Ferner solle das Gesetz nur noch bis 1929 verlängert werden.

Abg. Hülsmann (Komm.) verlangt nochmals, daß den Ländern die Ermächtigung genommen werde, die Wohnungszwangswirtschaft zu lockern.

Abg. Winnefeld (D. Sp.) erklärt seine Zustimmung zu den Anträgen Dr. Jörissen.

Vor der Abstimmung verlangt Abg. Dr. Jörissen (Wirtschp.) Vertagung, weil er zu einer Konferenz mühe. Eventuell bezweifelt er die Beschlußfähigkeit.

Der Vertagungsantrag wird gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei abgelehnt (Heiterkeit bei der Mehrheit). Präsident Lohse stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Darauf werden die Änderungsanträge der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und der Wirtschaftspartei, diese letzten gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, abgelehnt.

Angenommen wird die von den Regierungsparteien beantragte Zulässigkeit der Kündigung von Werkwohnungen unter gewissen Sicherungen, zu denen eine „Mitwirkung“ des Betriebsrats gehört. Dafür stimmen nur die vier Koalitionsparteien und die Wirtschaftspartei.

Abg. Apinoli (Soz.) erklärt dazu, die Sozialdemokraten müßten ihre in Aussicht gestellte Zustimmung zu dem Antrag zurückziehen, da aus der Zustimmung des Betriebsrats nur ein Wechsel mit dem Betriebsrat gemacht werden sei.

Auf gemeinsamen Antrag wird beschlossen, daß die Novelle am 1. April 1928 in Kraft tritt und bis dahin die bisherige Fassung des Gesetzes gilt. Im übrigen bleibt es bei der Ausschussvorlage.

Nachdem der Entwurf auch in dritter Lesung erledigt ist, wird die Schlußabstimmung für Freitag 18 Uhr in Aussicht genommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 14 Uhr: Reichsmietengesetz, Etat des Reichsarbeitsministeriums, Abstimmung über Mieterschutznovelle.

Schluß nach 16½ Uhr.

## Die Krise im Bürgerblock

Eine neue Aktion Dr. Wirths

Berlin, 9. Februar.

Die Spannung zwischen dem Zentrum und der Volkspartei entwickelt sich zum Höhepunkt. Insofern wurde das Schulgesetz zum Prüfstein für den Bestand des Bürgerblocks. Damit ist freilich noch immer nicht gesagt, daß die Krise, die oft schon verkündet wurde, so unmittelbar auch eintreten wird. Gewiß, die Verhandlungen über die Frage der Simultanschule sind am toten Punkte angelangt. Der Vorstand der Zentrumsfraktion drohte bereits mit dem Rücktritt der Zentrumsminister. Das braucht aber nicht allzu wörtlich genommen zu werden. Ueber die Gesamteinstellung der Regierung wird noch entschieden werden. Die Germania erklärte zwar am Donnerstag früh resigniert, daß man in maßgebenden Zentrumskreisen der Auffassung sei, man müsse das Reichsschulgesetz als gescheitert betrachten. Zuletzt freilich ist die Taktik auf beiden Seiten seit Tagen bereits auf die Methode des Bluffs eingestellt. Man versucht sich gegenseitig ins Bodshorn zu jagen und wahrscheinlich dürfte erst in der kommenden Woche mit einer endgültigen Klärung der Situation zu rechnen sein.

Beachtlich ist die Zurückhaltung in den Reihen der Deutschen Nationalen Partei. Graf Westarp hat den Zusammentritt des Interfraktionellen Ausschusses der Blockparteien angeregt. Die Rechtspresse rechnet mit dem gemeinsamen Willen, den Etat unter allen Umständen fertigzustellen, und als letzter Rettungsanker gilt ihnen — Hindenburg. Auf diese Weise gedenkt man das Leben des Reichstages wenigstens noch um einige Zeit zu verlängern.

Auch die Zentrumsfraktion ist durchaus nicht einheitlich eingeklinkt. Herr Guérard wird aus seinen eigenen Kreisen der Vorwurf gemacht, er habe die Situation unnötigerweise überspitzt. Guérard gehört zur Zeit zum linken Zentrumsflügel, während die rechte Seite im Interesse des Fortbestehens des Bürgerblocks, auch über die Wahlen hinaus, eine zurückhaltendere Haltung einzunehmen wünscht. Wie auch der Streit um das Schulgesetz zu Ende geht, zuletzt wird Hindenburg noch einiges mitreden wollen. Der Bürgerblock wurde durch einen Hindenburgbrief zustandegebracht. Hindenburg hat auch sonst des öfteren Briefe geschrieben, und schließlich wird der Vater des Bürgerblocks sein Kind nicht ohne weiteres preisgeben.

Daran knüpfen sich die Hoffnungen der Unentwegten im Bürgerblock, und uns scheint, als wenn der seit Wochen eingerührte Brei doch nicht so heiß gegessen wird, als wie er von den Streitbaren im Zentrum und bei der Volkspartei, unter tätiger Mitwirkung der Demokraten, gekostet worden ist. Auf alle Fälle erwägt man die Zwischenschaltung eines Geschäftskabinetts, über dessen Zusammensetzung bisher freilich nur Vermutungen möglich sind.

Zuletzt ist im Zentrum ein neuer Faktor hervorgetreten, der in dem Richtungskampf der beiden Flügel nicht ohne Bedeutung ist. Das ist eine neue Aktion des Kanzlers aus der Rathenauezeit.

Schon glaubte man, Herr Dr. Wirth sei in das Land der Schweizer eingegangen. Er weilte wochenlang in Paris und konferierte mit Duzenden französischer Politiker. Dann redete er im Reichstag als Vertreter der „Opposition“, vielleicht als Einspänner, wie im vergangenen Jahr, als er unerlangt das Wort gegen den „Bürgerblock“ ergriß. Damals wettete er gegen die unsozialen Bestrebungen, die sich in diesem Gebilde geltend machen würden. Er ging reißend in alle Gänge der Republik und schrieb „unerhört grobe“ Briefe an Dr. Marx, aber seit Monaten schwieg dieses wackeren Sängers Höflichkeit, bis er jetzt wiederum zur Feder griff. Nicht mehr im Kampfe gegen seinen bisherigen Widersacher Dr. Marx, der stuchartig dem Reichsbanner den Rücken kehrte, sondern gegen die jüngste Opposition in der Zentrumsfraktion, die unter der Führung der Zentrumsgruppenschaffter Imbusch und Stegerwald in Aktion getreten ist. Herr Dr. Wirth hat einen Aufsatz geschrieben, der von einer Reichsstelle verschickt worden ist. Man sagt, das neue Wirthprodukt sei ein wüßtes Durcheinander und der Vorwärts frägt: „Wohin, Joseph Wirth?“ Uns scheint, daß die Beantwortung dieser Frage durch alle die kritischen Bemerkungen über Dr. Wirth restlos gegeben ist, die im Verlaufe der Monate in diesen Spalten gemacht worden sind. Wir haben die „Oppositionsstellung“ Wirths betrachtet, wie sie wirklich ist. Ihm war — ob auftragsgemäß oder nicht — die Rolle zugefallen, die Zentrumsarbeiter bei der Stange zu halten. Darum durfte er sich einen „Disziplinbruch“ nach dem andern leisten, wenn er nur sonst der historischen Aufgabe entsprach, die ihm zugefallen war. Er redete von dem „Geiste“ der „sozialen Republik“ und die Zentrumsarbeiter revoltierten gegen die unsozialen Tendenzen der Besetzungsvorlage. Herr Imbusch wettete gegen den Bürgerblockgeist, dem Dr. Marx verfallen ist und ausgesprochen jetzt verändert Dr. Wirth die Richtung seiner Front, um den rechten Zentrumsflügel zu Hilfe zu kommen und um den Bestand des Zentrums unter allen Umständen zu erhalten. Herr Dr. Wirth, der Prediger der „sozialen Republik“, ist sich seiner Aufgaben vollhaft bewußt. Unter keinen Umständen darf der

## Die Kammer für Voincaré

SPD Paris, 10. Februar (Radio).

Die Kammer beendet am Donnerstag die mehr als acht-tägige Finanzdebatte. Insgesamt standen fünf Anträge zur Debatte, die sich für bzw. gegen die Finanzpolitik der Regierung aussprachen. Die von den Sozialisten eingebrachte und gegen die Finanzpolitik der Regierung gerichtete Tagesordnung wurde mit 370 gegen 120 Stimmen abgelehnt. Der von den Regierungsparteien eingebrachte mit 370 gegen 133 Stimmen angenommene Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Kammer ist von der Notwendigkeit überzeugt, tatkräftig eine Politik der Währungsanleiherung und der finanziellen Wiederaufrichtung zu verfolgen. Sie ist der Meinung, daß die überragende Verpflichtung, das Budgetgleichgewicht aufrecht zu erhalten, und allmählich die öffentliche Schuld zu tilgen, weder mit der Möglichkeit einer Vorbereitung von Steuerermäßigungen durch Ersparnisse oder Mehrerträge, noch mit der Durchführung von Steuerreformen unvereinbar ist, die dazu bestimmt sind, eine gerechtere Verteilung der Steuern sicherzustellen, die am wenigsten begüterten Steuerpflichtigen zu entlasten und die Steuern, die auf der Arbeit ruhen, zu verringern. Sie hat Vertrauen zur Regierung, daß sie das begonnene Werk fortsetzt und es in dem Geiste der Gerechtigkeit verbessert und geht ohne jeden Zusatz zur Tagesordnung über.“

## Der französisch-schweizerische Handelsvertrag

SPD Paris, 9. Februar.

Die französische Regierung hat am Donnerstag in der Kammer einen Gesetzentwurf über den neuen französisch-schweizerischen Handelsvertrag eingebracht. Das Abkommen enthält eine Reihe von Modifikationen des geltenden französischen Zolltarifs, die sich nicht nur auf spezifisch schweizerische Erzeugnisse beziehen, sondern auch zahlreiche Ermäßigungen für verschiedene Artikel mit sich bringen, die von Deutschland regelmäßig nach Frankreich ausgeführt werden, so für Dampfmaschinen, Turbinen, Dieselmotoren, Düngem., Rost usw.

Nach dem deutsch-französischen Handelsvertrag erlangen diese Ermäßigungen automatisch auch für den Handelsverkehr zwischen Deutschland und Frankreich Geltung.

## Die nächste Tagung des Völkerbundrates

SPD Genf, 9. Februar.

Die vorläufige Tagesordnung der am 6. März beginnenden 19. Tagung des Völkerbundrates umfaßt 25 Punkte. Vor allem wird sich der Rat auf Antrag der Kleinen Entente mit der an der

österreichisch-ungarischen Grenze aufgedeckten Waffenschmuggelaffäre zu befassen haben. Außerdem steht ihm ein Antrag des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien vor, die Errichtung einer höheren deutschen Minderheitsschule in Oberschlesien zu genehmigen. Berichterstatter zu diesem Punkt ist der Vertreter Columbiens. Auch die Stationierung polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen und das polnische Munitionsdepot auf der Westerplatte wird den Rat nochmals beschäftigen. Schließlich ist die Regierungskommission des Saargebietes neu zu wählen.

## England und die Rheinlandräumung

SPD London, 10. Februar (Radio).

Im Unterhaus antwortete der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt auf die Frage, ob die englische Regierung mit Rücksicht auf die Locarnoverträge eine baldige Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinland erwägen wolle, u. a.: „Von einer isolierten Zurückziehung der britischen Truppen kann nicht die Rede sein. Eine allgemeine Räumung des Rheinlandes vor dem im Vertrag von Versailles niedergelegten Termin ist andererseits nur möglich nach einer gegenseitigen Verständigung zwischen den Besatzungsmächten und der deutschen Regierung. Falls ein derartiges Abkommen möglich ist, würde die britische Regierung das sehr begrüßen.“

## Die Arbeiterpartei zur Thronrede

SPD London, 10. Februar (Radio).

Die englische Arbeiterpartei ließ am Donnerstag durch den Abgeordneten Henderson den offiziellen Änderungsantrag zur Antwortadresse auf die Thronrede einbringen. In der Antwort wird bedauert, daß die Thronrede keine besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erwähnt und insbesondere auf die Zustände in der Bergwerksindustrie nicht eingeht. Aber gerade hier sei die Arbeitslosigkeit noch nie so groß gewesen wie jetzt. Ein Fünftel aller englischen Arbeitslosen wäre im Bergbau tätig. Die Annahme des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit in der Bergindustrie habe einhunderttausend Bergleute zum Fahren gezwungen. Es sei deshalb Pflicht der Regierung, dieses Gesetz im Interesse des Landes sofort zurückzuziehen.

## Sinrichtung von 30 Aufständischen

WZ Mexiko, 9. Februar.

Am Sonntag hatten 200 Aufständische Salamanca angegriffen. waren aber mit einem Verlust von 28 Toten zurückgeschlagen worden. Inzwischen erhielten die Regierungstruppen Verstärkungen und nahmen die Verfolgung der Angreifer auf. Blättermeldungen zufolge wurden 30 dieser Aufständischen von den Regierungstruppen gefangengenommen und hingerichtet.